

GEW

EuWiS

April 2016

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB



BILDUNGSFINANZIERUNG

BILDUNG IST MEHRWERT!



Editorial 03

Thema: Bildungsfinanzierung 04

- 04** Ausgaben je Schülerin und Schüler
Die Daten des Statistischen Bundesamtes
- 05** Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand
Stand und Herausforderungen
- 08** Ungleiches ungleich behandeln
Die Abkehr vom Gießkannenprinzip durch sozialindizierte Ressourcenverteilung

Schule 11

- 11** Deutsches Sprachdiplom: Schüler haben enorme Motivation
- 12** Digitale Schule?
Kommentar
- 12** Und ewig lockt die Ferne...
Ein Infonachmittag der AGAL zum Auslandsschuldienst

Gewerkschaft 14

- 14** Peter Balnis - was ihm wichtig war
- 16** Die FG Sozialpädagogische Berufe trauert um ihren Kollegen und Freund Peter Balnis
- 17** GEW-Fachtagung zur Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams
- 18** Internationaler Frauentag 2016 im „Luminanz“
Sprache und Schrift der Familiensprache stärken Identität und Akzeptanz

Info & Service 19

19 LAMPEDUSA
Eigenproduktion des Theater im Viertel

Bücher & Medien 20

- 20** Faszination Gewalt: Was Kinder zu Schlägern macht
- 21** Null Bock auf Job
- 21** Herausforderungen für das Lehrerhandeln
Heft 1/2016 der Zeitschrift „DDS - Die Deutsche Schule“
- 22** Ökonomi(sti)sche Bildung? Nein danke!

Geburtstage und Jubiläen 23

- 23** April 2016
- 23** Schlusswort



Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr
Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr
Telefon: 0681 / 66830-0,
Telefax: 0681 / 66830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de
Internet: http://www.gew-saarland.de

GEW-Service

Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 08.30 - 16.30 Uhr,
Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,
Tel.: 0681 / 66830-13,
E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de
Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter
Tel. (priv.): 0170 / 4151006

Beratung für Referendarinnen und Referendare

Andreas Sánchez, Tel.: 0681 / 66830-14
E-Mail: a.sanchez@gew-saarland.de

Beratung für Beschäftigte und Freiberufler (Erwachsenen- & Weiterbildung)

Georges Hallermayer
georges.hallermayer@wanadoo.fr

Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Marlene Wagner
Tel.: 06833/1435 (nachmittags)

Redaktionsschluss

09.05.2016
(Juni-Ausgabe)

06.06.2016
(Juli/August-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,
Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 66830-0, Fax: 0681 / 66830-17
info@gew-saarland.de

Redaktion
Agnes Bender-Rauguth,
Helmut Bieg (verantwortl.),
Thomas Bock,
Anna Haßdenteufel,
Matthias Römer

Anzeigenverwaltung
Andreas Sánchez,
a.sanchez@gew-saarland.de

Druck
COD Büroservice GmbH
Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
Telefon: 0681 / 393530, info@cod.de

Bildnachweis
u.a. pixello.de, fotolia.de, privat

Layout
Bärbel Detzen
b.detzen@gew-saarland.de

Titelfoto
fotolia.de/©Karin & Uwe Annas

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GEW wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in der Regel lest ihr an dieser Stelle eine kurze Einführung in die vor euch liegende Ausgabe unserer Zeitung. Aus gegebenem Anlass möchte ich stattdessen heute ein paar andere Gedanken mit euch teilen.

Am 17.03.2016, einen Tag vor Redaktionsschluss, wurde Peter Balnis gedacht. Ich hatte mit dem Schreiben dieser Zeilen gewartet, damit ich vielleicht nach der Trauerfeier bessere Worte finden möge als das, was mir in den letzten Wochen durch den Kopf ging. Ich befürchte, dass es mir nicht gelingen wird.

Denn mit Peter ist ja nicht nur ein GEW-Vorsitzender, Bekannter oder Freund gestorben. Jeder, der ihn kannte, kann denselben Gedanken ausdrücken: dass dieser Mensch ange-

sichts allen Streits, allem Dissens, allen Herausforderungen, ja allen Irrsinn eben immer im besten Wortsinne genau das blieb: Mensch. Ein Mensch, der immer ein offenes Ohr hatte, sich Zeit nahm, auch für ihn möglicherweise völlig konträre Meinung dankbar aufnahm und nie, wirklich niemals abkanzelte.

Auch in unserer Redaktion war er immer der über alles thronende Ruhepol, der auszuweichen vermochte, besonnen neue Denkanstöße gab und oft ein gar übermenschliches Arbeitspensum bewältigte - neben allem Anderen, was er tat. Ich dachte wirklich jedes Mal, wenn ich ihn traf, dass ich niemals dieses Maß an Aufgaben übernehmen wollte - weil ich es in der Tat nicht könnte. Peter konnte für sich vereinnahmen indem er einfach so war wie er war. Er musste sich nie verstellen, niemals auf Wissen verweisen, niemals sich Besonders machen. Er war einfach Peter, von allen gemocht und von allen geschätzt. Ich kenne niemanden, über den ich das sonst sagen könnte.

Angesichts dieses unermesslichen Verlustes geht mir ein sinngemäßes Zitat des Schriftstellers Thomas Bernhard nicht mehr aus dem Kopf, der sagte: "Es ist alles lächerlich, wenn man an den Tod denkt." Genauso kommt es mir vor wenn ich sehe, in welcher Zeit Peter gehen musste: brennende Flüchtlingsheime,

Fußfassende völkische Rhetorik, der Nahe Osten in Flammen, hilflos wirkende Politiker. Im Kleinen zuhause Diskussionen über Lehrpläne, Pädagogik und sinnvolles Unterrichten, die Zukunft der Bildung eingefasst in ein Mantra von Sparzwängen. Irgendwo dazwischen noch jeden Morgen Menschen und Jugendliche, die doch zunächst einfach nur nach dem ihnen eigenen, guten Leben suchen.

Peter ist angesichts all dessen aber nie zweifelt, fand Dinge nie lächerlich. Ganz im Gegenteil, irgendwie hatte man immer den Eindruck, er wüchse an einfach allem. Wäre er noch da, würde er einfach weiter arbeiten, an eine gute Zukunft glauben und, trotz alledem und alledem, voranschreiten.

Seit meiner Kindheit kenne ich ein Lied, das nie besser passte: "Von all unsern Kameraden, war keiner so lieb und so gut, wie unser [kleiner Trom-]Peter" ... und ich glaube, er hätte es gemocht: "unser lustiges Rotgardistenblut".

Danke für alles. ■

Helmut Bieg

ANZEIGE



COD Büroservice GmbH
Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken
Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301
print@cod.de www.cod.de

Ausgaben je Schülerin und Schüler

Die Daten des Statistischen Bundesamtes

Im Februar diesen Jahres hat das Statistische Bundesamt - wie in jedem Jahr - die Zahlen zu den Ausgaben des Bundes und der Länder für die Schulen in Deutschland veröffentlicht. Die Zahlen beziehen sich, wegen der schwierigen Aufarbeitung der Daten auf das Jahr 2013. Die Landeselterninitiative hat in einer Pressemitteilung im Februar schon dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass die Zahlen für das Saarland keine Luftsprünge verheißen. Grund genug, sich einzelne Punkte genauer anzuschauen.

Das Statistische Bundesamt schreibt zu den Daten: „Datengrundlage für die Berechnungsergebnisse in nationaler Systematik sind die Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für den Aufgabenbereich Schule und Schulverwaltung und die Angaben der Schulstatistik zu Schülern, Lehrern und Unterrichtsstunden. Die Personalausgaben werden um unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfearbeitungen ergänzt. Für die Berechnung wurden Daten der Finanzstatistik für das Haushaltsjahr 2013 verwendet.“

Die Kennzahl „Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen“ wird ermittelt, indem die Ausgaben für Personal, laufenden Sachaufwand und Investitionen an öffentlichen Schulen auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen im Haushaltsjahr bezogen werden. Hierzu werden die Schülerzahlen der Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014 gewichtet.

Unterschiede in der Höhe der Ausgaben je Schülerin und Schüler zwischen den Schularten und den Bundesländern können vor allem zurückgeführt werden auf:

- unterschiedliche Schüler-Lehrer-Relationen
- differierende Pflichtstundenzahlen der Lehrkräfte
- unterschiedliche Klassengrößen und Schulstrukturen (z. B. Ganztagsbetreuung)
- abweichende Besoldungsstrukturen und -niveaus
- Unterschiede in der Ausgestaltung der Lernmittelfreiheit
- Unterschiede in der zeitlichen Verteilung und Höhe von Investitionsprogrammen
- Unterschiede im Gebäudemanagement

Wo das Saarland im Ländervergleich steht, wird in folgender Tabelle deutlich, die die Ausgaben für öffentliche Schulen in Deutschland nach Ländern aufschlüsselt:

Ausgaben in Euro pro Schüler_in	Personal-ausgaben	laufender Sachaufwand	Investitions-ausgaben	Gesamtausgaben insgesamt
Deutschland	5.300	800	300	6.500
Baden-Württemberg	5.300	800	400	6.400
Bayern	5.500	900	800	7.300
Berlin	6.400	1.300	100	7.800
Brandenburg	5.400	900	300	6.600
Bremen	5.000	1.100	200	6.400
Hamburg	6.000	2.000	0	8.000
Hessen	5.400	1.000	300	6.700
Mecklenburg-Vorpommern	5.200	1.000	200	6.400
Niedersachsen	5.200	800	300	6.200
Nordrhein-Westfalen	4.800	700	100	5.700
Rheinland-Pfalz	5.200	600	300	6.100
Saarland	5.000	500	200	5.700
Sachsen	5.400	800	600	6.700
Sachsen-Anhalt	6.300	700	500	7.400
Schleswig-Holstein	4.700	800	300	5.800
Thüringen	6.900	800	300	8.100

Die Längsschnittbetrachtung verdeutlicht noch mehr, dass das Saarland insbesondere in den Ländern 2005 bis 2013 stetigen Nachholbedarf bei den Ausgaben hatte. Lediglich in den Jahren 2009 und 2010 wurden größere Sprünge gemacht, die auffallen. Diese fanden aber in fast allen Bundesländern statt. Die Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgaben je Schüler_in an öffentlichen Schulen für Deutschland insgesamt, das Saarland und Bremen.

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	4.900	5.000	5.100	5.200	5.600	6.000	6.200	6.300	6.500
Saarland	4.500	4.500	4.500	4.700	5.200	5.600	5.600	5.800	5.700
Bremen	4.900	5.100	5.000	5.100	5.500	6.100	6.300	6.300	6.400

Dieses Gesamtbild alleine mit dem Argument der Haushaltsnotlage kleinzureden verfängt angesichts der Zahlen von Bremen (zum Vergleich darunter) nicht. Besonders dramatisch erscheint sogar ein Rückgang im Jahr 2013.

In der Gesamtentwicklung kann man nachverfolgen, dass das Saarland bei den Ausgaben pro Schüler_in quasi konsequent abgehängt ist. Es bleibt abzuwarten, wie die Zahlen

sich in den Jahren nach 2013 entwickeln werden. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen scheint die Politik im Saarland immer noch nicht der Meinung zu sein, dass Bildung in unserem Bundesland eine Wertschätzung genießt, die im bundesweiten Vergleich mithalten kann. ■

Matthias Römer

Weitere Informationen gibt es unter:
<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/BildungsgsfinanzberichtTabellenteil5217102157005.html>

Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand

Stand und Herausforderungen

Das Ende Februar veröffentlichte Gutachten „Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand - Stand und Herausforderungen“ des Bildungsforschers Dr. Roman Jaich erlaubt es, genau zu beziffern, was die notwendigen Verbesserungen für ein zukunftsfähiges Bildungswesen von der Kindertagesstätte bis zur Weiterbildung tatsächlich kosten.

In der Einleitung zu seinem Gutachten weist Jaich auf die immer wieder durch nationale wie internationale Vergleichsstudien attestierten Defizite des deutschen Bildungswesens wie starke soziale Auslese, hohe Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, oder das „Verschwinden“ einer halben Million jugendlicher im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf, um nur einige zu nennen, hin. Obschon der Autor Verbesserungen in einzelnen Feldern der Bildungsfinanzierung einräumt - Abschaffung der Studiengebühren, teilweise Abschaffung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten, Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter dreijährige - so konstatiert er dennoch eine große Lücke zwischen Sonntagsreden und der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Vom 2008 beim Dresdener Bildungsgipfel gesteckten Ziel, die Bildungsausgaben bis 2015 auf 10 % des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, ist die Politik immer noch weit entfernt. Nach einem leichten Anstieg von 3,9 auf 4,1 % im Jahr 2009 verharrt der Anteil der Bildungsausgaben in etwa auf diesem Wert.

Insgesamt fehlen rund 55 Milliarden Euro

Die Analyse widmet sich den Bereichen Kita, allgemeinbildende Schulen, Berufliche Bildung, Hochschulen, Weiterbildung sowie zusätzlich der Integration von Geflüchteten. Für die bessere Ausstattung des Bereiches Kindertagesstätten fallen der Rechnung des Bildungsexperten zufolge jährlich laufende Mehraufwendungen in Höhe von 11,3 Milliarden Euro bundesweit an. Für die bessere Ausstattung der allgemeinbildenden Schulen berechnet er laufende Mehraufwendungen in Höhe von knapp 16,7 Milliarden Euro.

Für die Berufliche Bildung stellt der Experte unter Berücksichtigung der von Gewerkschaftsseite geforderten Verbesserungen einen Mehrbedarf von rund 6,9 Milliarden

Euro fest, bei den Hochschulen sind es etwa 6,2 Milliarden Euro. Für die von den Ländern zu verantwortende Weiterbildung müsste eine Milliarde Euro mehr ausgegeben werden. Insgesamt müssten Länder und Kommunen 42,1 Milliarden Euro mehr in die Bildung stecken.

Addiert man noch die zusätzlichen Aufwendungen für die Umsetzung von Inklusion in den Schulen - je nach Grad der Inklusion zwischen 3,6 und 4,3 Milliarden Euro - so liegt der zusätzliche Finanzbedarf der Länder zwischen 45,7 Milliarden Euro und 46,4 Milliarden Euro. Hinzu kommen notwendige zusätzliche Mittel des Bundes (5,6 Milliarden Euro) plus Gelder für die Integration von Geflüchteten im Bildungsbereich (4,2 Milliarden Euro). Der summierte Betrag von 55,5 bis 56,2 Milliarden Euro zeigt die extreme Unterfinanzierung des deutschen Bildungswesens auf.

Zusammenschau und Ergebnis: Im Saarland fehlen 400 Millionen

In der Tabelle sind die Ergebnisse für die einzelnen von Jaich untersuchten Bildungsbereiche dargestellt.

	Kindertagesstätten	Allgemeinbildende Schulen *	Berufliche Bildung	Hochschule	Weiterbildung	Summe
Baden-Württemberg	1.540.155.831	2.746.137.167	982.231.414	843.573.050	161.846.750	6.273.944.212
Bayern	1.936.414.140	2.942.971.366	627.409.727	512.780.254	179.405.471	6.198.980.958
Berlin	431.782.461	489.667.445	154.509.476	192.291.688	47.907.392	1.316.158.462
Brandenburg	386.677.025	285.268.765	49.092.841	137.836.310	20.570.506	879.445.447
Bremen	97.010.186	127.265.617	38.039.811	127.731.688	5.185.232	395.232.534
Hamburg	209.193.493	264.679.492	90.829.000	143.372.665	25.461.645	733.536.295
Hessen	859.328.627	1.104.426.452	284.157.607	641.664.808	96.026.154	2.985.603.648
Mecklenburg-Vorpommern	257.355.686	259.504.945	57.287.992	60.979.839	12.966.094	648.094.556
Niedersachsen	992.961.092	1.474.114.400	410.664.074	696.828.032	75.223.231	3.649.790.829
Nordrhein-Westfalen	2.353.031.182	4.195.437.991	911.768.212	2.221.454.684	199.569.935	9.881.262.004
Rheinland-Pfalz	374.240.289	945.734.466	178.488.656	324.311.941	67.154.730	1.889.930.082
Saarland	138.071.448	182.501.316	57.758.504	12.259.089	13.519.369	404.109.726
Sachsen	711.192.238	474.380.397	165.871.847	148.102.742	44.292.335	1.543.839.559
Sachsen-Anhalt	357.428.505	287.131.235	60.946.036	35.383.974	21.443.271	762.333.021
Schleswig-Holstein	347.400.943	723.808.161	151.856.857	35.980.398	37.831.480	1.296.877.839
Thüringen	314.040.921	159.834.224	132.783.003	53.525.359	18.453.668	678.637.175
Deutschland	11.310.839.106	16.662.863.439	6.956.538.289	6.188.076.521	1.027.120.483	42.145.437.838

* Ohne Inklusion, da hier unterschiedliche Szenarien gebildet wurden. Quelle: Eigene Berechnungen.

Die Bildungsbereiche im Einzelnen

Im Folgenden werden für jeden Bildungsbereich exemplarisch einige Aspekte beleuchtet.

1. Kindertagesstätten/Elementarbereich

■ Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder:

Im Beschluss der Bundesregierung und der Regierungschefs der Länder in Dresden 2008 haben diese vereinbart, bis zum Jahre 2013 schrittweise ein bedarfsgerechtes und qualitätsorientiertes Betreuungsangebot für bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren aufzubauen. Dieses Ziel ist bisher nicht erreicht. Unabhängig davon zeigt sich, dass eine Betreuungsquote von 35 Prozent nicht den Wünschen der Bevölkerung entspricht. Gemäß der DJI-Länderstudie 2014 äußerten 41,5 Prozent der befragten Eltern einen Betreuungsbedarf für Kinder unter drei Jahren. Für die Ermittlung der laufenden zusätzlichen Kosten für den Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder ist daher eine Betreuungsquote von 41,5 Prozent als Messlatte anzusetzen. Für das Saarland ergeben sich dann ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf in Höhe von 31,5 Millionen.

■ Aufbau von Personalreserven:
 Verschiedene Gründe führen dazu, dass ein Personalpuffer notwendig ist. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, z.B. Krankheit,

betriebsbedingte Abwesenheit oder private Gründe. Es sollte also ein Personalpuffer bestehen, um diese Ausfallzeiten abzufedern. Für das Saarland ergibt sich für einen zeh-



prozentigen Puffer ein zusätzlich notwendiger Aufwand in Höhe von 2,7 Millionen.

2. Allgemeinbildende Schulen

Reduzierung der Pflichtstunden für Lehrerinnen und Lehrer:

Zu den Rahmenbedingungen, die die Qualität von Bildungsprozessen beeinflussen, gehört auch, dass den Unterrichtenden ausreichend Zeit für die Vorbereitung und die erheblich angewachsenen außerunterrichtlichen Tätigkeiten bleibt. Das heißt, dass die Anzahl der Pflichtunterrichtsstunden auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen ist. Im Ergebnis zeigt sich, dass ca. 2,3 Milliarden Euro zusätzlich jährlich aufzuwenden sind, um die Pflichtstunden auf allen Schulformen und Klassenstufen auf höchstens 25 zu reduzieren. Für das Saarland würde dies Mehrkosten von 20,2 Millionen bedeuten.

Ausweitung von Schulsozialpädagogen und Schulpsychologen:

Immer häufiger haben allgemeinbildende Schulen nicht nur die Aufgabe, Wissen zu vermitteln. Aufgrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Trends müssen an Schulen zunehmend auch weitere Leistungen erbracht werden. Hierzu gehören z.B. Beratung und Begleitung einzelner Schülerinnen und Schüler, Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten oder offene Gesprächs-, Kontakt- und Freizeitangebote. Hierfür benötigen die Schulen neben den Lehrkräften weiteres qualifiziertes Personal. Zu erwähnen ist hier auch,

dass das deutsche Schulsystem immer noch durch einen hohen Anteil von Risikoschülern gekennzeichnet ist. Hier bedarf es einer gezielten individuellen Förderung. Um allen jungen Menschen eine bestmögliche Entwicklung zu eröffnen und ihre Potenziale zu entwickeln, muss von Anfang an eine Förderung entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten erfolgen, die gleichzeitig Defizite möglichst weitgehend ausgleicht. Erforderlich ist daher eine bessere Ausstattung der Schulen mit Schulsozialpädagogen und Schulpsychologen. Diese müssen flächendeckend an den Schulen präsent sein. Für die Schulsozialpädagogen wird angenommen, dass je eine Stelle für 150 Schülerinnen und Schüler eingerichtet werden sollte. Das Saarland müsste hier 25,7 Millionen mehr investieren.

Inklusion:

Für die Integration aller Schüler_innen und Schüler an Förderschulen in die Regelschulen müsste das Saarland zusätzlich 41,8 Millionen in die Hand nehmen.

3. Berufliche Bildung

Sicherung des Angebots an Ausbildungsplätzen:

Zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsstellen wurden schon vor Jahren Ausbildungsfonds thematisiert. Bereits im Jahre 1974 wurde von der damaligen Edding-Kommission eine Reform der Finanzierung der Dualen Berufsausbildung empfohlen. Vorgeschlagen wurde, von der bestehenden individuellen Finanzierung, insbesondere der direkten Finanzierung der Ausbildungsvergütungen durch die Unternehmen, auf eine kollektive Finanzierung in Form von Fonds umzusteigen. Diese Diskussion ist seither nicht abgerissen, in konjunkturschwachen Phasen keimt sie immer wieder auf. So begrüßenswert dieser Vorschlag ist, soll er an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden. Die Alternative zu betrieblichen Ausbildungsplätzen können vollzeitschulische Berufsausbildungen sein. In dem Maße, wie junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, im sogenannten Übergangssystem untergebracht werden, entstehen durch den Ausbau vollzeitschulischer Ausbildungsgänge nur relativ geringe Kosten. Dies sind die sogenannten Transaktionskosten, die mit einem Wechseln von Strukturen verbunden sind, und an dieser Stelle vernachlässigt werden können. Entscheidend ist ein Blick auf die jungen Menschen, die eigentlich einen Ausbildungsplatz suchen, denen keiner angeboten wird und die dann aus dem Bildungssystem „rausfallen“. Über die Größe dieser Gruppe gibt der jährliche Berufsbildungsbericht

Auskunft. Für das Jahr 2014 weist der Bericht 116.656 junge Menschen aus, deren Verbleib ungeklärt ist. Im Saarland sind es 1.609. Um diesen jungen Menschen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, müsste das Saarland 8,3 Millionen zusätzlich investieren.

Verbesserung der Rahmenbedingungen an den beruflichen Schulen:

Würde man die Klassengrößen auf 18 begrenzen, die Unterrichtsverpflichtung auf 25 Wochenstunden reduzieren und einen Personalpuffer von 5 % schaffen, so würde diese Verbesserung eine Investition von zusätzlich 12 Millionen erfordern.

Inklusion an berufsbildenden Schulen:

Inklusive Bildung bedeutet die diskriminierungsfreie Teilhabe an allen Bildungsbereichen, auch der beruflichen Bildung. Für die berufliche Bildung bedeutet dies, zum einen die Situation an den beruflichen Schulen zu verbessern um jungen Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit der Teilhabe zu bieten und zum anderen die Zugangsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zu Betrieben zu verbessern. Der zweite Punkt, bessere Zugangsmöglichkeiten zur dualen Berufsausbildung betrifft vor allem Fragen der Akzeptanz und der Organisation und weniger der Finanzierung - auch wenn finanzielle Anreize oder Unterstützungsangebote durchaus wichtig sind.

Im Ergebnis sind zur Umsetzung von Inklusion an beruflichen Schulen jährliche Mehrausgaben in Höhe von 714 Mio. Euro notwendig. Die Studie kalkuliert mit 10 Prozent. Dafür müsste das Saarland 8,5 Millionen zusätzlich investieren.

4. Hochschulen

Das zentrale Problem im Hochschulbereich ist schon länger in dessen Überlastung zu sehen. Dies hat sich mit der Ausweitung der Studierendenzahlen noch einmal verschärft. Die Hochschulpakete 1 bis 3, die geschlossen wurden, um die Finanzierungslücke zwischen Bund und Ländern aufgrund der gestiegenen Studierendenzahlen zu schließen, reichen bei weitem nicht aus. Ebenso führt die Entlastung der Länder bei der Bafög-Finanzierung nicht immer zu einer Verbesserung der Hochschulsituation. Die erheblichen Einschnitte, die die saarländische Landesregierung mit dem Zwang zur Einhaltung der Schuldenbremse gerechtfertigt hat, haben die strukturelle Überlastung der Hochschulen zusätzlich verschärft. Jaich errechnet für den Hochschulbereich im Saarland einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von 12,3 Millionen.

5. Weiterbildung

Berufliche Weiterbildung:

Betriebliche Weiterbildung ist die Weiterbildung, die vom Arbeitgeber initiiert wird, damit z.B. die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens erhalten bleibt oder die Innovationsfähigkeit erhöht wird. Es müsste eigentlich daher selbstverständlich sein, dass sie in ausreichendem Umfang durchgeführt wird. Zwar ist die Beteiligung in den letzten Jahren in Deutschland angestiegen, allerdings findet Weiterbildung noch im hohen Maße selektiv statt. Die Teilnahmechance ist abhängig von verschiedenen Faktoren, wie z.B. dem Bildungsniveau und der beruflichen Stellung.

Weiterbildungsfonds entkoppeln die Weiterbildungsteilnahme von den dabei entstehenden Kosten, da die Arbeitgeber sich an der Finanzierung beteiligen - und zwar unabhängig davon, ob sie „ihren“ Mitarbeitern_innen Weiterbildung ermöglichen oder nicht. Damit können auch die Teilhabechancen von Beschäftigten steigen, die bisher unterproportional an Weiterbildung teilgenommen haben. Entsprechend fordern die Gewerkschaften seit Jahren, Weiterbildungsfonds ver-

pfliegend einzurichten. Für die öffentliche Hand entstehen hier nur in geringem Umfang zusätzliche Kosten für die Umsetzung einer solchen Regelung.

Persönliche Weiterbildung, Erwachsenenbildung:

Die Erwachsenenbildung fristet seit Jahren im Segment der Weiterbildung ein Schattendasein. Während die berufliche Weiterbildung im Rahmen der Diskussion über die Förderung des Lebenslangen Lernens oder der Diskussion über den Fachkräftemangel an Aufmerksamkeit gewonnen haben, spielt die Erwachsenenbildung, deren Förderung im Wesentlichen durch die Länder und Kommunen erfolgt, in diesen Diskussionen nur eine untergeordnete Rolle.

Für die persönliche Weiterbildung und die Erwachsenenbildung gilt, dass die Finanzen für die öffentliche Förderung seit den 80er Jahren systematisch reduziert wurden. Diese Entwicklung verlief nicht kontinuierlich, sondern in Brüchen und nochmals unterschiedlich in den einzelnen Bundesländern. Vor diesem Hintergrund fordert die GEW seit Jahren,

dass 1 Prozent des Bildungsbudgets in die Erwachsenenbildung fließt. Für das Jahr 2014 wurde berechnet, wie viele zusätzliche Ressourcen die Bundesländer aufwenden müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Für das Saarland ergibt sich hier ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf von 11,3 Millionen.

Beteiligung des Bundes unabdingbar

Zu erwarten, dass die Bundesländer diese notwendige Investitionssumme allein stemmen können, wäre utopisch - insbesondere für Bundesländer deren Haushaltsspielräume durch die Schuldenbremsen stark begrenzt sind. Die Beteiligung des Bundes an diesen Aufgaben ist unabdingbar und das starre Festhalten am Kooperationsverbot erscheint in diesem Zusammenhang abermals als kontraproduktiv. Wer die 2008 in Dresden beschlossenen Ziele ernst nimmt, muss das Kooperationsverbot endlich kippen. ■

Thomas Bock

Das vollständige Gutachten findet man unter : www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildungsökonomie_und_Bildungsfinanzierung/Bildungsfinanzierung_der_oeffentlichen_Hand_-_Stand_und_Herausforderungen_Februar_2016_.pdf

ANZEIGE

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

NEU

Chancenorientierte Privatrente

Garantie und Renditechancen

Innovative Produkte für Ihre Altersvorsorge. Informieren Sie sich jetzt.

Geschäftsstellen im Saarland:

Homburg	(0 68 41) 92 04 - 0
Merzig	(0 68 61) 9 39 25 - 0
Neunkirchen	(0 68 21) 2 90 20 - 0
Saarbrücken	(0 6 81) 94 52 - 0
Saarlouis	(0 68 31) 94 05 - 0
St. Ingbert	(0 68 94) 95 58 96 - 0
St. Wendel	(0 68 51) 9 39 66 - 0
Völklingen	(0 6 81) 94 52 - 0

www.debeka.de

anders als andere



Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand – Stand und Herausforderungen

Schlussbericht von Dr. Roman Jaich

www.gew.de



Ungleiches ungleich behandeln

Die Abkehr vom Gießkannenprinzip durch sozialindizierte Ressourcenzuweisung

„Bedauerlicherweise ist die vielzitierte Gleichwertigkeit zwischen Gemeinschaftsschule und Gymnasium in Bezug auf den Ausgleich unterschiedlicher Voraussetzungen keine Realität und was uns umtreiben müsste, ist, dass es alle Beteiligten und Verantwortlichen wissen und die letzteren es zumindest hinnehmen ohne groß etwas daran zu ändern.“

Der Missstand, den Matthias Römer in der März Ausgabe der EuWiS mit diesen Worten in seinem Kommentar „Nicht die Wahrheit“ anprangerte, muss von der Landesregierung dringend angegangen werden. Damit ungleiche Schulen - und dies gilt nicht nur für den Sekundarbereich - die Chance auf Gleichwertigkeit haben, muss die Landesregierung ihre Ressourcenzuteilung an die unterschiedlichen Gegebenheiten und besonderen pädagogischen Herausforderungen der Einzelschule anpassen. Der Blick auf andere Bundesländer zeigt, dass es in einigen Ländern bereits Erfahrungen dazu gibt, Stellenzuweisungen nach Sozialindikatoren vorzunehmen. Zu diesen Ländern zählen Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hessen.

Beispiel Hessen

Da die Herangehensweise in den Stadtstaaten nur bedingt auf ein Flächenland übertragbar ist, soll hier der Blick auf die in Hessen seit dem Schuljahr 2013/2014 erfolgende Zuteilung von zunächst 300 (420 im Schuljahr 2014/15) zusätzlichen Lehrer_innenstellen nach einem Sozialindex gerichtet werden. Obschon die GEW Hessen dieses Verfahren im Einzelnen auch kritisch sieht und statt der 300 zusätzlichen Lehrer_innenstellen einen Bedarf von zusätzlichen 2.000 Lehrer_innenstellen für sogenannte Brennpunktschulen fest stellt, so ist dieses Verfahren - inklusive kritikwürdiger Details - dennoch einen Blick wert.

Wie wird zugewiesen?

Der Sozialindex beschreibt das soziale Umfeld einer Schule anhand von vier Indikatoren. Drei Indikatoren beziehen sich auf die Gemeinde oder Stadt, in der die Schülerinnen und Schüler einer Schule wohnen:

- der Anteil der Arbeitslosen an der Wohnbevölkerung
- der Anteil der SGB II-Empfänger (Hartz IV) an der Wohnbevölkerung

■ der Anteil der Einfamilienhäuser an der Gesamtzahl der Wohnungen

Auf der Grundlage dieser auf eine Stadt oder Gemeinde bezogenen Daten sind beispielsweise für Frankfurt 101 Stellen und für Offenbach 75 Stellen vorgesehen. Für die Verteilung der Stellen auf die einzelnen Schulen wird ein weiterer schulbezogener Indikator herangezogen, nämlich der Anteil der Schülerinnen und Schüler, deren „Familiensprache“ nicht Deutsch ist.

Für den Sozialindex wurden die Zahlen des Statistischen Landesamts für das Kalenderjahr 2012 verwendet, für den Wohnort und die „Familiensprache“ der Schülerinnen und Schüler die Lehrer- und Schülerdatenbank (LUSD) für das Schuljahr 2012/13. Die Zuweisung wurde auf drei Jahre festgelegt, um den Schulen eine größere Planungssicherheit zu geben. Der maximale Zuschlag beträgt 10 Prozent der Grundunterrichtsversorgung.

Kritische Details

1. Anrechnung von DaZ –Stunden

Bei der Zuweisung des Zuschlags nach dem Sozialindex müssen 20 Prozent der Stunden, die die Schule für den Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) bekommt, „angerechnet“ werden. Bei kleineren Schulen kann diese Anrechnung den gesamten Zuschlag nach Sozialindex auffressen. Nehmen wir das Beispiel einer Sekundarstufenschule in Frankfurt mit 590 Schülerinnen und Schülern, von denen 90 Prozent einen Migrationshintergrund haben und 50 % mit einem Frankfurt-Pass als sozial bedürftig gelten. Aus dem Sozialindex wurden der Schule 37 Stunden zugewiesen.

Die 43 DaZ-Stunden wurden zu 20 Prozent angerechnet, so dass sich die Zuweisung nach dem Sozialindex um 9 Stunden auf 28 Stunden reduziert. Gleichzeitig wurde die Zuweisung von bisher 72 Stunden für zwei Intensivkurse für Seiteneinsteiger um 8 Stunden gekürzt, so dass von dem Zuschlag nach Sozialindex nur noch ein echtes Plus von 20 Stunden verbleibt, das heißt nicht einmal eine Stelle!

2. Bezugsgröße: politische Gemeinde

Eine weitere Schieflage ergibt sich aus der Tatsache, dass sich drei der vier Indikatoren auf die politische Gemeinde beziehen. Dort

können 10.000 Menschen mit einer relativen sozialen Homogenität wohnen, aber auch 600.000 Menschen mit Schulen in wohlhabenden Vierteln und Schulen in abgehängten Problemvierteln. Eine Sekundarstufenschule in Offenbach mit 540 Schülern erhält 60 Stunden aus dem Sozialindex und damit deutlich mehr als die beschriebene Frankfurter Schule mit vergleichbarer Schülerzahl und -zusammensetzung, weil der Grundindexwert für Offenbach deutlich höher ist als für Frankfurt. Je kleiner eine Gemeinde ist, desto eher stimmt die Korrelation des Wertes mit der Situation vor Ort überein.

3. Verteilung auf die Schulformen

Eine weitere Schieflage dokumentiert die Verteilung auf die Schulformen: Den Löwenanteil von 68 Stellen nach dem Sozialindex erhalten die Grundschulen, gefolgt von den Gymnasien (!) mit 41 Stellen, obwohl diese nicht dafür bekannt sind, ihre Türen für Schülerinnen und Schüler aus sozial prekären Verhältnissen besonders weit zu öffnen. Aber wenn der Anteil der Migrant_innen (vorzugsweise aus bildungsnahen Elternhäusern) hoch ist und es in der Stadt insgesamt (vorzugsweise anderswo) viele Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger_innen und Hochhaussiedlungen gibt, dann landet der Zuschlag eben auch bei den Gymnasien. (Diese kritischen Anmerkungen basieren auf Angaben für das Schuljahr 2013/2014 und sind dem in der HLZ Juni 2013 erschienenen Artikel Sozialindex: Schön wär's! entnommen.)

Übertragbarkeit auf das Saarland

Die Daten des statistischen Landesamtes und die Lehrer- und Schülerdatenbank liegen im Saarland genauso vor wie in Hessen. Die Grundvoraussetzungen sind also da. Die Probleme im Detail sind vermutlich in Saarbrücken oder Neunkirchen die gleichen wie in Frankfurt oder Offenbach. Hier sollte die Landesregierung genau hin schauen, um die oben beschriebenen Schieflagen von vornherein zu vermeiden.

Ist-Zustand im Saarland

Im Saarland wird in Grundschulen eine weitere Klasse eingerichtet, sobald 4 Kinder in einer Klasse unzureichende Deutschkenntnisse haben. In diesem Fall senkt das Kultusministerium die maximale Klassengröße von 29 auf 25 Schüler, was den schulischen Bedarf an Lehrkräften erhöht.

Wenn auch danach in einer Klasse noch mehr als 4 Kinder mit Sprachschwierigkeiten lernen, misst das Ministerium für jeden weiteren förderbedürftigen Schüler weitere 0,2 Lehrerstunden pro Woche zu. Darüber hinaus weisen die saarländischen Kultusbehörden Grundschulen in sozial benachteiligter Umgebung pauschal eine zusätzliche Lehrkraft zu, um Standortnachteile auszugleichen. Ob eine

Schule diesen Zuschuss erhält, wird anhand von Sozialraumdaten und nach Gesprächen zwischen Schule und Schulverwaltung entschieden. Woher diese zusätzlichen Informationen (0,2 Lehrerstunden/Woche; Nutzung von Sozialraumdaten) stammen, bleibt leider unklar. Als Quelle wird die Klassenbildungsverordnung angegeben, aus der diese weiteren Infos indes nicht hervorgehen. Unabhängig

von der Transparenzfrage, sollte dies auf das ganze Schulsystem ausgeweitet werden, aber gut begründet und nachvollziehbar. ■

Thomas Bock

Mehr zu diesem Thema findet man unter gew-hessen.de und unter www.svr-migration.de/publikationen/ungleiches-ungleich-behandeln/

AK THEMA ZUR BILDUNGSPOLITIK



Arbeitskommission des Saarlandes

Abkehr vom Gießkannenprinzip

Für eine bedarfsgerechte Personalzuweisung an Schulen

Donnerstag, 21. April 2016, 18.00 bis 20.00 Uhr

Großer Saal der Arbeitskommission des Saarlandes | Fritz-Dobisch-Str. 6-8 | 66111 Saarbrücken

In Kooperation mit der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule Saar e.V., der GEW und der Elterninitiative für Bildung e.V.



ELTERN FÜR BILDUNG
Landeselterninitiative für Bildung



ANZEIGE

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✓ mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können
- ✓ wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben
- ✓ wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de oder Telefon 0800 292 22 74.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der

Gewerkschaft **GEW**
Erziehung und Wissenschaft



Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.



Für mich: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ²⁾ Voraussetzung: Neueröffnung Bezügekonto, Gutschrift auf Ihr Bezügekonto
³⁾ Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch MasterCard® Classic mit gleichen Leistungen möglich

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteile für GEW-Mitglieder:

- 50,- Euro Gutschrift bei Kontoeröffnung²⁾
- Kostenfreie Kreditkarte VISA ClassicCard^{1) 3)}

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:
 Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bb-bank.de/GEW



GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

BB Bank

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

Deutsches Sprachdiplom: Schüler haben enorme Motivation

Das Deutsche Sprachdiplom (DSD) der Kultusministerkonferenz ermöglicht Schülern aus dem Ausland den Zugang zum deutschen Bildungssystem - seit über 40 Jahren und mit wachsender Beliebtheit. Jetzt haben auch Schulen in Deutschland diese Prüfung eingeführt.

„Das Sprachdiplom hat mir in Verbindung mit meinem Schulabschluss den direkten Hochschulzugang in Deutschland ermöglicht“, erzählt die chinesische Molekularbiologin Yin Cai. Zehn Jahre ist es nun her, dass sie an der Fremdsprachenmittelschule in Shanghai die Sprachdiplomprüfung absolvierte. Nach dem Studium folgte eine Promotionsstelle am Europäischen Laboratorium in Molekularer Biologie in Heidelberg im Projekt über Zellteilung.

Das Deutsche Sprachdiplom (DSD) der Kultusministerkonferenz ist eine zentrale Prüfung, die von Bonn aus in alle Welt verschickt wird - derzeit in 67 Länder. Die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) des Bundesverwaltungsamtes sorgt für die pädagogische Betreuung der DSD-Schulen, die Fortbildung der Sprachlehrer und entsendet Lehrkräfte an einige Schulen. Zwei Stufen werden geprüft: Das DSD I entspricht der Prüfung nach der Mittelstufe und kann auf den Niveaustufen A2/B1 bestanden werden. Das DSD II entspricht dem höheren Niveau B2/C1 und gilt an deutschen Universitäten als Sprachnachweis, der zum Studium befähigt.

Die ersten DSD-Prüfungen wurden 1974 durchgeführt. Mittlerweile sind es jährlich ca. 55 000 Schüler, die an 1100 DSD-Schulen weltweit das Deutsche Sprachdiplom ablegen. Besonders beliebt ist das DSD z.B. in Frankreich, Serbien, Ungarn, Weißrussland und Norditalien. Seit Jahren steigt in Deutschland die Zahl der zugewanderten Kinder und Jugendlichen, die der Schulpflicht unterliegen, aber nicht über die nötigen Deutschkenntnisse verfügen, um auch am Schulunterricht teilnehmen zu können. Diese Entwicklung bestätigt Sabine Bühler-Otten, Lehrerin an der Europaschule Gymnasium Hamm in Hamburg. Hier kommen zugewanderte Schüler mit geringen Deutschkenntnissen zunächst in eine Internationale Vorbereitungsstufe.

Neben Mathematik, Englisch, Landeskunde und Sport stehen 18 Wochenstunden Inten-

sivkurs Deutsch auf dem Stundenplan. Nach einem Schuljahr gehen die Jugendlichen in die Regelklasse über, werden noch ein weiteres Jahr zusätzlich gefördert, um schließlich am regulären Schulunterricht teilzunehmen. Zuvor legen sie das DSD I ab.

In Deutschland war die Europaschule Gymnasium Hamm im Stadtstaat Hamburg die erste Schule, die beim Zentralen Ausschuss für das DSD der Kultusministerkonferenz (KMK) die Anerkennung zur DSD-Schule beantragte und das DSD I erstmals auch als Sprachprüfung an einer Inlandsschule durchführte. Dr. Ulrich Dronske von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) prognostiziert: „Das DSD I entwickelt sich zu einem wichtigen Instrument in der sprachlichen Erstintegration von schulpflichtigen Jugendlichen aus dem Ausland in Deutschland.“



Deutsches Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz

Das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz ist die einzige schulische Prüfung für Deutsch als Fremdsprache im Ausland. Seit knapp vier Jahren wird sie auch im für Seiteneinsteiger in Vorbereitungsklassen eingesetzt. An den Prüfungen zum DSD I nehmen Schüler teil, die in eigenständigen bzw. teilintegrierten Lerngruppen auf den (vollständigen) Übergang in die Regelklassen vorbereitet werden.

Weitere Infos zum DSD:
http://www.bva.bund.de/DE/Organisation/Abteilungen/Abteilung_ZfA/Auslandsschularbeit/DSD/node.html

bereitet auf die Sprachdiplomprüfung DSD Stufe I vor. Es unterstützt Lehrer, eine effektive Prüfungsvorbereitung in den Unterricht einzubetten. So entwickeln die Schülerinnen und Schüler die notwendigen Kompetenzen, um die Prüfung der Kultusministerkonferenz erfolgreich zu meistern. Zum Beispiel erarbeiten sich die Lernenden den nötigen Wortschatz, bauen ihre Les-, Hör- und Schreibkompetenz auf und trainieren ihre Sprechfähigkeit. Inhaltlich orientieren sich die thematischen Kapitel an den von der KMK vorausgesetzten Kompetenzerwartungen im „Rahmenplan Deutsch als Fremdsprache“.

In Präsentationen üben sie, sich auszudrücken. Die Themen ihrer Präsentationen wählen sie selbst und bereichern dadurch den Unterricht. „Da gibt es tolle Ergebnisse“, meint Sabine Bühler-Otten. „Und das führt auch zu einer Motivationssteigerung bei den Lehrern.“ Möchte ein Lehrer die DSD-Prüfung abnehmen, muss er zuvor eine Fortbildungsreihe am Landesinstitut Hamburg absolvieren. Die Fortbildung ist nicht nur gut besucht, durch das DSD kommt es auch zu einem regen Austausch und einer großen Vernetzung unter den Schulen.

Sabine Bühler-Otten beobachtet bei den zugewanderten Schülerinnen und Schülern ein starkes Engagement: „Die Schüler haben eine enorme Motivation und wollen die Prüfung machen“, stellt sie fest und bestätigt damit das Ziel der Prüfungen, die sprachliche Erstintegration von Schülerinnen und Schülern zu verbessern. Und das, obwohl bei vielen Jugendlichen nicht einmal klar ist, ob sie überhaupt in Deutschland bleiben können. ■

Harald Fette

Wie im Fremdsprachenunterricht wird im Fach „Deutsch als Zweitsprache“ zunehmend ein höheres Maß an Selbstständigkeit des Schülers gefordert und gefördert, um effektiveres Lernen zu erreichen. Dies gilt in ganz besonderem Maße, wenn auf eine Sprachprüfung hingearbeitet wird. Das Test- und Übungsbuch „So geht's zum DSD“ aus dem Verlag Ernst Klett Sprachen wurde speziell für den Deutschunterricht entwickelt und

GEW
 Bildung ist ein Menschenrecht.

KOMMENTAR

Digitale Schule?

Der Ansatz ist durchaus löblich: Minister Commerçon hat angekündigt, die saarländischen Schulen hinsichtlich der digitalen Ausstattung zu unterstützen. Es wurde erkannt, dass das Saarland im Bereich der Hardware keinen Spitzenplatz belegt und dringend nachgesteuert werden muss. Auch die Schulträger sollen nun großzügig unterstützt werden.

Angesichts der bisher eher ungleich verteilten Ressourcen, in Abhängigkeit von der Situation der jeweiligen Schulträger aber auch von der Technik-Affinität von Schulleitungen erscheint das als ein wichtiger Schritt. Die Situation im Saarland stellt sich wahrscheinlich im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht dramatisch dar. Insgesamt ist die digitale Schule jedoch fast überall nur Stückwerk und fußt in vielen Bereichen auf die Bereitschaft vieler Kolleginnen und Kollegen sowohl ihre Freizeit als auch ihre privaten Geräte in diesen Prozess einzubringen. Eigentlich ein unhaltbarer Zustand.

Hätte das Ministerium sich der Sache wirklich ernsthaft angenommen, hätte man feststellen können, dass die wirklichen Probleme nicht darin liegen, ob das vierte oder fünfte Smart-Board angeschafft werden soll. Ein großer Hemmschuh ist die überbordende Bürokratie der Träger und deren IT-Verwaltungen sowie

deren personelle Unterbesetzung. Diese sorgt nämlich dafür, dass Geräte für tausende Euros nicht gebrauchsfähig in den Schulen herumstehen und nicht genutzt werden können.

Subsidiarität ist in diesem Zusammenhang ein Fremdwort und wenn sie denn stattfindet, sind die Kolleginnen und Kollegen, die sich vor Ort um die Geräte kümmern, nicht mit einer ausreichenden Anzahl an Stunden ausgestattet. Dass es für einige Probleme relevante Sicherheitsargumente gibt, mag sein. Dennoch kann man sich fragen, warum funktionierende (sichere) WLAN-Netze in saarländischen Schulen Mangelware sind und die Installation benötigter Programme Wochen dauert. Wenn Geräte von vielen Menschen genutzt werden, entsteht zwangsläufig ein hoher Wartungs- und Reparaturbedarf. Diese Tatsache wird bei der gesamten Diskussion wohl nicht bedacht.

Das Problem ist also nicht die neueste Technik, sondern das Personal, das sich darum kümmert. Dies wiederum sind laufende Kosten, die anfallen und übernommen werden müssten. Mit Grausen sehe ich schon jetzt 100 Tablets in meiner Schule stehen, von denen die Hälfte nach einem Jahr nicht gebrauchsfähig sind, weil wir sie nicht warten dürfen aber auch sonst niemand kommt, weil alle überlastet sind.

Ein paar Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit: Der Installation zweier Smart-Boards im Oktober folgte die Freischaltung der zugehörigen USB-Ports im März. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Boards nur mit privaten Rechnern zu nutzen.

Der Laptop-Wagen mit 20 nagelneuen Rechnern stand ein halbes Jahr im Abstellraum weil das Betriebssystem nicht aufgespielt wurde.

Die Arbeit mit 30 Tablets, die die Firma Samsung unserer Schule zur Verfügung stellte, wurde zum Hindernislauf, weil der Zugang zum Internet nur mithilfe temporär verlegter Kabel über die Schulgänge zu gewährleisten war.

Das sind die Probleme, mit denen sich Kolleginnen und Kollegen, die gerne digitale Medien sinnvoll in ihren Unterricht integrieren wollen, den ganzen Tag beschäftigen müssen. Diese werden sicherlich nicht weniger, wenn die IT-Initiative der Landesregierung nicht auch das Umfeld in den Blick nimmt, welches Sorge für den reibungslosen Einsatz trägt. Im Moment sind wir nicht fit für die digitale Zukunft. ■

Matthias Römer

Und ewig lockt die Ferne...

Ein Infonachmittag der AGAL zum Auslandsschuldienst

Das Saarland ist bekannterweise eines der kleineren Bundesländer in unserer Republik und dies könnte womöglich einer der Gründe sein, warum viele Kolleginnen und Kollegen diesen Raum zeitweise verlassen wollen.

Grenzen überwinden im mehrfachen Sinne: sowohl bezüglich der Landes- und Schulstandortgrenzen als räumlichem Rahmen als auch der ideellen Grenzen im Sinne von beruflicher und kultureller Erfahrung. So lauteten zusammengefasst die Statements der Kolleginnen und Kollegen, die Mitte März zu dem Infoabend der AGAL/GEW in die Geschäftsstelle in Saarbrücken gekommen waren.

Die Arbeitsgruppe Auslandslehrer_innen versteht sich als Interessenvertretung der Lehrer und Lehrerinnen in der GEW, die im

Ausland unterrichten. In ihr sind Landesbeauftragte aus allen Bundesländern sowie der einzelnen Lehrberufssparten, etwa auch Berufsschullehrer_innen, vertreten. Die einzelnen Landesbeauftragten sind dabei auch Ansprechpartner_innen für die am Auslandsschuldienst interessierten Kollegen_innen ihrer Bundesländer.

Erfreut war ich darüber, dass zahlreiche interessierte Kolleginnen und Kollegen unserem Aufruf gefolgt waren, um sich über den Auslandsschuldienst zu informieren. Unterstützung erhielt ich dabei inhaltlich von Rainer Welsch, dem Landesbeauftragten von Rheinland-Pfalz, und organisatorisch in gewohnt perfekter Art von Bärbel Detzen von der Landesgeschäftsstelle. Für den Landesverband begrüßte Thomas Bock unsere Gäste.



Wie oft geschieht es, dass gerade ein innerlich latent geplantes Vorhaben der zeitweisen beruflichen Veränderung vor allem wegen unzureichender oder gar fehlerhafter Information dann doch im Laufe des Berufslebens auf der Strecke bleibt. Und im Vorbeigehen lässt sich eine solche berufliche Veränderung sicherlich nicht gestalten, bei aller Offenheit dieser Veränderung gegenüber. Diese Lücke zu verkleinern oder bestenfalls zu schließen, war Sinn der Veranstaltung der AGAL.

So gab es zunächst Informationen über Anzahl (141) und Verbreitung deutscher Auslandsschulen, über Schulen in einzelnen Län-



Erfahrungen weitergeben. Dabei haben die Kollegen_innen mit Recht die unterschiedlichen Bedingungen, die den einzelnen Stellenvarianten zugeordnet sind, hinterfragt. Und diese bestehen in der Tat, und zwar ganz massiv.

Ein vorrangiges Ziel der AGAL-Arbeit - darauf wurde in diesem Zusammenhang hingewiesen - besteht auch darin, eine sowohl finanzielle als auch rechtliche Gleichstellung aller Lehrer_innentypen zu erreichen. Diese Arbeit geschieht in Gesprächen mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) in Bonn bzw. im Auswärtigen Amt in Berlin durch die Mitglieder der AGAL mit Unterstützung des Hauptvorstandes.

Des Weiteren wurde bezüglich der Familienausreise nachgefragt: Wie sieht es mit Schulgeld für die eigenen Kinder aus, da die deutschen Auslandsschulen sich in privater Trägerschaft befinden und deshalb Schulgeld bezahlt werden muss? Auch die vielfältigen Alltagsangelegenheiten im zukünftigen Gastland wie Umzugskosten, Wohnung, Miete, Regelung des Hauses bzw. der Wohnung zuhause, interessierten die Kollegen_innen. Und - last, but not least - auch das Gehalt bzw. die Zuwendung und damit die Steuerfrage waren ein Thema. Dabei konnten die Rahmenbedingungen geklärt werden; allerdings unterliegt die finanzielle Vergütung individuellen Bedingungen. Dabei wurde jedoch deutlich, dass eine ADLK-Stelle in der Regel die beste und unkomplizierteste und damit die erste Wahl sein sollte. Allerdings nicht ohne daraufhin zu weisen, dass auch die anderen Varianten, wie z. B. OLK, je nach Gastland und Gestaltung des Arbeitsvertrages, ihre Berechtigung haben können.

Auch in diesem Zusammenhang bietet die AGAL/GEW ihren Mitgliedern für den Aus-



landsschuldienst persönliche, individuelle Beratungen an. Nicht zuletzt wurde darüber informiert, dass die Mitglieder der GEW selbstverständlich auch im Auslandsschuldienst über dieselben rechtlichen Bedingungen/Möglichkeiten wie im Inland verfügen, beispielsweise Berufshaftpflicht und Rechtsschutz.

In diesem Sinne hoffe ich, dass diese Veranstaltung alle interessierten Kolleginnen und Kollegen im Hinblick auf eine mögliche zukünftige Gestaltung und Verbindung beruflicher und persönlicher Auslandserfahrungen ein Stück weiter gebracht hat und wünsche allen Interessierten nochmals viel Erfolg bei dem Schritt, „über den Tellerrand zu schauen“, aus eigener positiver Erfahrung. ■

Marlene Wagner
Landesbeauftragte für das Saarland/AGAL/GEW

DIE FACHGRUPPEN GEMEINSCHAFTSSCHULEN UND FÖRDERSCHULEN INFORMIEREN:

Die Vorstände der beiden Fachgruppen Gemeinschaftsschulen und Förderschulen laden ihre Fachgruppenmitglieder zur gemeinsamen Sitzung am

Dienstag, 10. Mai 2016, um 17.30 Uhr

in der Geschäftsstelle der GEW, Mainzer Str.84, 66121 Saarbrücken ein.

Schwerpunktthema: Umsetzung der Inklusion in allen Regelschulen

Peter Balnis - was ihm wichtig war

Peter als Vorsitzender

Montagsmorgen in der Geschäftsstelle, Peter versucht nach Kräften die Kaffeemaschine dazu zu bringen ihm einen Kaffee zuzubereiten. Ein kurzer Fluch über die im Display geäußerten Ansprüche der Kaffeemaschine - Wasser nachfüllen, Kaffeesatz leeren - wird von der gerade den Raum betretenden Mitarbeiterin Anna wahrgenommen und mit



einem leicht patronisierend wirkenden, aber liebevoll gemeinten „Komm Peter, lass mich das mal machen“ kommentiert. Nie wäre Peter auf die Idee gekommen in seiner Position als Landesvorsitzender den Mitarbeiter_innen der Geschäftsstelle gegenüber einen ähnlichen Befehlston anzuschlagen wie die Kaffeemaschine ihm gegenüber.

In den Landesgremien der GEW und auf Bundesebene - auf der er sehr großes Ansehen genoss - pflegte Peter stets einen kooperativen Stil. Er war ein guter Zuhörer. Ruhig und gelassen, sachlich und fundiert argumentierend versuchte er andere von seinen Positionen und Lösungsvorschlägen zu überzeugen. Sein Ziel dabei war es, Gemeinsamkeiten herauszufiltern und Gegensätze auch mal stehen zu lassen, um am Ende tragfähige gemeinsame Positionen herzustellen.

Peters bildungspolitische Positionen

Es war Peters tiefe Überzeugung, dass es eine der wichtigsten Aufgaben eines Staates

ist, dafür Sorge zu tragen, sein Bildungssystem so zu finanzieren und zu strukturieren, dass gemeinsames Lernen ohne soziale Segregation möglich ist: Chancengleichheit, d. h. gute Bildung für jedes Kind und jede(-n) Jugendliche(-n) und das von Anfang an, beginnend in der Kita bis zur Berufsausbildung oder bis zum Hochschulstudium und zwar unabhängig von sozialer oder geografischer Herkunft. Parallel dazu trat Peter für gute und gerechte Arbeitsbedingungen aller im Bildungs- und Erziehungsbereich Beschäftigten im Sinne eines humanen und selbstbestimmten Arbeitens ein.

Peter als Kämpfer für Frieden und Menschenrechte

Peter war aktiv in der Friedensbewegung. Bis zu seinem Tod unterstützte er die Ostermärsche und begleitete sie musikalisch. In verschiedenen Netzwerken trat er für Menschenrechte und gegen jede Art von Rassismus ein. An seiner Schule in Neunkirchen motivierte er Schülerinnen und Schüler der Arbeitsgemeinschaft „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ über 14 Jahre hinweg zu vielschichtigsten Projekten, wie Fahrten zu verschiedenen Gedenkstätten, Veranstaltungen von Konzerten gegen Rechts, Begegnungen mit Zeitzeugen oder dem Aufstellen einer braunen Tonne, wo man rechten Müll wie CDs mit Nazi-Rock und ähnliches entsorgen konnte. Im Aktionsbündnis „Bunt statt Braun“ en-



gagierte sich Peter mit den Mitgliedern der GEW, um ein deutliches Zeichen gegen die rassistischen Tendenzen jüngerer Zeit zu setzen.

Peter als Organisator

Peters herausragende Fähigkeit auf diesem Gebiet bestand vor allem darin, Menschen zusammenzubringen und einzubinden. Dabei verstand er es, jeder und jedem das Gefühl zu geben, dass ihre/seine Arbeit geschätzt und gebraucht wird. Auch war er ein großartiger Kommunikator. So suchte er während des vergangenen Erzwingungsstreiks im SuE-Bereich das Gespräch mit den Mitgliedern in den Streiklokalen vor Ort, um sie zu beraten und zu stärken. Peter war sich auch nicht zu schade, den zahlreichen und sich im Laufe der Streikwochen verschärfenden Elternprotesten persönlich entgegen zu treten, um die Positionen der streikenden Erzieher_innen argumentativ zu verteidigen.

Peter in seinem Schul-Büro

Wir sitzen zu dritt konzentriert im Gespräch. Sofort nach Beginn der Pause tauchen die ersten Schüler_innen auf. Manche setzen sich einfach nur auf Sofa oder Sessel, andere suchen das Gespräch mit Peter oder werden vom ihm angesprochen. Er kennt sie alle mit Namen, zu fast allen weiß er die Lern- und Lebensgeschichte oder doch relevante Teile davon. Den meisten hat er schon geholfen aus einer missliche Situation herauszufinden, wieder Perspektiven in der Schule zu eröffnen oder Wege in die Ausbildung zu finden.

Der Umgang ist offen, herzlich, manchmal kumpelhaft frotzelnd. Hin und wieder macht er den Jugendlichen klar, dass im Augenblick wir, seine Kollegen, Vorrang haben. Doch nie habe ich erlebt, dass ein Jugendlicher ohne Termin, ohne Vorfreude auf die nächste Pause, wenn die störenden Gäste wieder weg sind, den Raum verlassen hat. Hin und wieder, er hatte ein Gespür dafür, dass schnell Rat und Tat von Nöten war, kam es vor, dass er den Jugendlichen Vorrang einräumte. Ohne es auszusprechen machte er uns klar, für wen vor allen er da war.

Peter im Seminar

Den Student_innen begegnete ein Mann, der theoretisches Wissen und praktische Erfahrung glaubhaft miteinander vermittelte. Er



gab ungeschminkte Einblicke in seine Arbeit und forderte zugleich zu Literaturstudium und zur Diskussion heraus. Wenn die Teilnehmer_innen im Laufe des Semester immer lebendiger und - darauf hoffte er sehr - kontrovers sich am Gespräch beteiligten, war er, der dann auch mit seinen Armen redete, begeistert. Peter bemühte sich, jedem und jeder nicht nur herauszufordern, er bot auch die entsprechende Unterstützung. Er öffnete dadurch, dass er regelmäßig Gäste (einmal auch aus Tscherkessk/Kaukasus) ins Seminar einlud, weite Horizonte. Getragen wurde sein Engagement immer von Solidarität mit den Studierenden.

Peter als Sänger, Gitarrist und Bandleader

„Trommeln und sich engagieren“ ist die Überschrift eines seiner vielen Texte. Er hat Schüler_innen für seine Musik begeistert. An der Wand seines kleinen Büros warteten etliche Gitarren darauf, von ihnen genutzt zu werden; Percussion bot er den Jugendlichen an. Nicht Perfektion sondern Lust am gemeinsamen fröhlichen musizieren war sein Credo. Auftritte kamen gleichwohl zustande. Die Schülerdisco ... ach, wie habe die Studierenden bei unseren Besuchen gestaunt, was in Schule alles möglich ist.

Ich sehe Gudrun und Peter mit ihren Gitarren im Arm vor ihrem aktiven Publikum - viele Freunde von ihnen darunter - im Hotel Kaiserhof sitzen. Einmal monatlich luden sie ein. Gudrun und Peter hatten jeweils 20 Lieder, Songs, Chansons und Schlager unter

einem Thema versammelt. Und wie sangen sie alle begeistert mit.



Liedstöckel nicht zu vergessen. Auch in dieser Band gab Peter den Ton an.

Peter als Autor

ist in wenigen Zeilen nicht hinreichend gewürdigt. Ein IMPULSE-Heft wird versuchen, dieser Seite von Peter gerecht zu werden. Doch für ihn gilt vor allem dieser Satz: „Peter hat eine ganze Menge geschrieben, aber selten unter seinem Namen. Meistens hat er seine Texte in Arbeitsgruppen eingebracht und sie wurden dann ohne Nennung seines Namens von der GEW herausgegeben. So war

er nun mal: völlig ohne Eitelkeit, immer nur daran interessiert, dass die Sache weitergeht.“ (Bernhard Eibeck)

Peter in der Heimat

Peter nahm uns mit nach Dortmund zum Bundeskongress Schulsozialarbeit (Dezember 2016). Je näher wir der Uni kamen, desto lebendiger erzählte er aus seiner Studienzeit: vor der Würstchenbude, die eigentlich nur für die Bauarbeiter geöffnet hatte, fühlte er sich wohler als in der Mensa; er zeigte den Platz an der Schnellstraße, auf dem er stand, um in die Uni zu trampeln „und nie war ich zu spät“, erzählte von Seminaren, Vorlesungen, Arbeitsgruppen und seinen erfolgreichen Versuchen, die Welt auch durch Theorie besser zu verstehen.

Auf dem Rückweg kreuzten wir von Umleitungen geführt durch Wuppertal, seine Heimatstadt. Die Grundschule zeigte er uns, ihm wichtige Kneipen, Schwimmbad, Treffpunkte und manches andere. Hier war Peter mal zu Hause. Hier schwebten in den Straßen, hier hingen an vielen Häusern Erinnerungen an eine Kindheit und vor allem aktive Jugendzeit in dieser Stadt. Bildung, so hat er erfahren und belegt es, ist mehr als Schule.

Peter - Freund und Kollege

You'll never walk alone ... dass war mein Gefühl, meine Gewissheit, seit ich Peter kennenlernte und mit ihm zusammenarbeiten durfte. Egal was anlag, ich war mir Peters Rat, seiner Unterstützung sicher. Der Beispiele sind viele.

Peters jugendpolitische Position zur Schulsozialarbeit

Er beharrte bei allen Diskussionen darauf, dass Schulsozialarbeit sich nicht nur auf Defizite von Kindern und Jugendlichen und einzelfallbezogene Hilfen reduzieren lässt. Er betonte immer die Bedeutung von sozialem Lernen und Engagement der Schülerinnen und Schüler in der Gruppe. Gemeinsames Handeln, bei gesellschaftlichen Fragen oder bei musisch-kultureller Tätigkeit, war für ihn eine der Säulen guter Schulsozialarbeit. Da soziale Arbeit ohne intensive, vertrauensvolle Beziehungen zu den Jugendlichen und ständige Reflexion im Team nicht gelingen kann, forderte er unablässig bessere Ausbildung und Ausstattung für alle in diesem Bereich tätigen Fachkräfte. Seine Position war im Saarland und auf Bundesebene gefragt und anerkannt. ■

Klaus Winkel, Thomas Bock, Rolf Fickeys

Die FG Sozialpäd. Berufe trauert um ihren Kollegen und Freund Peter Balnis

Wir erfuhren von Peters Tod zu Beginn unserer Fachtagung: "Gute Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen", die am 19. Februar in Kirkel stattfand. Es war gut, dass die Mitarbeiterin der GEW-Geschäftsstelle, Anna Schmidt, die schon per Telefon die traurige Nachricht erhalten hatte, mir vor meiner Begrüßungsrede nichts gesagt hat, denn diese Rede hätte ich mit Sicherheit nicht mehr halten können. Die Tagung war von Peters Tod überschattet, alle waren schockiert und entsetzt, es gab viele traurige Gesichter und Tränen.

Die Mitglieder der Fachgruppe blieben nach der Tagung in Kirkel, um an dem alljährlich stattfindenden Klausurwochenende teil zu nehmen. Von der geplanten Tagesordnung war natürlich zunächst keine Rede mehr. Willi Schirra kam am Abend und brachte uns weitere Informationen zu Peters Tod. Nach einer Informationsrunde zu tarifrechtlichen Fragen, blieben wir mit unserer Trauer zurück.

Der Kollege Martin Tacke hatte seine Gitarre dabei und so sangen wir in Gedenken an Peter noch viele Lieder. Einige Texte von Hannes Wader, dessen Lieder Peter so gern zur Gitarre gesungen hat, spiegelten genau unsere Gefühle an diesem Abend wieder:

„... und weiß ich heute auf meine Sorgen und Ängste keine Antwort mehr, schon seid ihr da und ich trag morgen, an allem nur noch halb so schwer ...“

Ja, wir waren froh, beisammen zu sein, wir haben zusammen geweint und uns gegenseitig getröstet und viel über Peter geredet.

Insgeheim habe ich gehofft, dass es sich nach der fast schlaflosen Nacht herausstellen würde, dass alles nur ein böser Traum gewesen wäre ... und da kam mir wieder ein Satz aus einem Lied von Hannes Wader in den Sinn: „... und es ist uns längst klar, dass nichts bleibt, dass nichts bleibt wie es war ...“

Peters Werdegang in der GEW nahm in unserer Fachgruppe seinen Anfang

Noch heute erinnere ich mich an seine erste Teilnahme an einer Fachgruppensitzung. Es war Anfang 1995, als wir gerade ein Transparent gestalteten mit der Aufschrift: „Hände weg von den Hortöffnungszeiten“, mit



Mitglieder der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe bei der Ankunft in Sarreguemines im März 1999; v.l.n.r. Willi Schirra, Gudrun Melchior, Tochter Susanne Melchior, Peter Balnis, Brigitte Bock, Elisabeth Bittner, Ingrid Bill und eine Kollegin aus der École Maternelle Sarreguemines.

dem wir anlässlich des saarländischen SPD-Parteitag in Saarbrücken unser Missfallen über die Reduzierung der Hortöffnungszeiten vor der Kongresshalle ausdrücken wollten.

Peter kam dazu und sagte: „Hier wird gearbeitet, das gefällt mir“, und half sofort tatkräftig mit. Es stellte sich schnell heraus, dass wir mit Peter ein engagiertes und kompetentes Neumitglied gewonnen hatten und so schlugen wir ihn für das vakante Amt des Referatsleiters Jugendhilfe und Sozialarbeit vor, das er ab 1997 innehatte.

Ab 1999 war er im geschäftsführenden Vorstand der GEW für den Bereich Außerschulische Bildung verantwortlich. Viele Fachtagungen, Diskussionsrunden, Stellungnahmen und vieles andere haben wir gemeinsam mit Peter durchgeführt, vorbereitet und erarbeitet.

Fast 10 Jahre lang fuhren wir 4 mal im Jahr gemeinsam zu den Bundesfachgruppensitzungen, ich als Vorsitzende der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe und Peter als Vorstandsmitglied für den Bereich Außerschulische Bildung und verbrachten viele Stunden in Zügen und Bahnhöfen quer durch Deutschland. Immer habe ich mich ein bisschen geärgert, weil Peter partout keine Reservierung eines Sitzplatzes wollte. Aber irgendwie haben wir es fast immer geschafft, nebeneinander zu sitzen. Als wir einmal im Rahmen

einer Bundesfachgruppensitzung in Hamburg am Abend der Reeperbahn einen Besuch abstatteten, wollte ich unbedingt durch die berühmte Herberstraße laufen. Schnell war ich froh und dankbar, dass ein großer, starker Kollege an meiner Seite war. Peter hat hinterher (mit einem Augenzwinkern) immer behauptet, dass er mir damals das Leben gerettet hätte!

Als Peter zu uns kam, hatten wir 240 Mitglieder in der Fachgruppe, heute sind es über 1000 mehr! Auch das ist nicht zuletzt Peters Verdienst, dem es von Anfang an eine Herzensangelegenheit war, alle Bildungsbereiche von der Frühkindlichen Bildung bis zum Hochschulbereich in einer Bildungsgewerkschaft zusammen zu führen. Er hat es geschafft, dass wir kein Anhängsel der schulischen Fachgruppen mehr waren, sondern als eigenständiger Bildungsbereich wahr genommen wurden. Die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe hat ihm viel zu verdanken, auch wenn wir nicht in allen Dingen einer Meinung waren. Peter ging keiner Auseinandersetzung und Diskussion aus dem Weg, blieb aber immer fair und gerecht, denn im Grunde war er doch ein harmoniebedürftiger, empathischer Mensch, einer der besonderen Art, der mit Sicherheit die Welt ein wenig verbessert hat. Peter, du fehlst uns! ■

Brigitte Bock

Foto: EuWiS 11/1999

Nachruf

Hans Rixecker

*27.05.1921 †03.02.2016



Am 3. Februar verstarb unser Kollege Hans Rixecker im Alter von 94 Jahren. Mit ihm verlieren wir einen Kollegen, der sich nicht nur während seiner aktiven Zeit als Lehrer, sondern auch in vielen Jahren seines Ruhestands in unterschiedlichen Funktionen für die GEW engagierte.

Hans, geboren am 27. Mai 1921, wurde 1946 Lehrer an der damals noch einklassigen Volksschule in Schiffweiler. Schon 1951 trat er dem Verband Saarländischer Lehrer bei, aus dem später der saarländische Landesverband der GEW wurde. Er machte eine Ausbildung zum Mittelschullehrer und kam 1959 an die Mittelschule in Neunkirchen, deren stellvertretender Schulleiter er 1965 wurde. Von 1970 bis zu seinem Ruhestand 1984 war er dort Realschuldirektor.

Schon früh arbeitete Hans in der Fachgruppe Realschulen mit, wurde 1964 ihr stellvertretender Vorsitzender und übernahm 1966 den Vorsitz der Fachgruppe. Damit war er auch Vertreter unseres Landesverbandes in der Bundesfachgruppe Realschulen, wo er von 1970 an im Vorstand mitwirkte, zunächst als Stellvertreter und von 1974 bis 1980 als Vorsitzender.

Mit seinem Eintritt in den Ruhestand 1984

war aber sein Engagement für die GEW noch lange nicht zu Ende. Er vertrat unseren Landesverband im Bundessenior_innenausschuss, war dort Vorstandsmitglied und von 1993 bis 1997 Vorsitzender des BSA. Nach seinem Rückzug aus der GEW-Arbeit auf Bundesebene blieb Hans weiterhin Mitglied unseres LSA bis er sich 2013 aus seiner Funktion zurückzog.

Ich kannte Hans als einen freundlichen und stets gut gelaunten Kollegen, der es aber auch verstand seine Vorstellungen konsequent durchzusetzen. Wir werden ihn als Persönlichkeit und seine Ratschläge, die er meist mit hintergründigem Humor erteilte, sehr vermissen. ■

Harald Ley
GEW-Landessenior_innenausschuss

GEW-Fachtagung zur Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams

Am 29./30. Januar 2016 haben die Vorstandsgebiete Schule und Jugendhilfe & Sozialarbeit die GEW-Fachtagung „besser *zusammen* stärker - Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams“ durchgeführt, die in außerordentlich produktiver, anregender und angenehmer Atmosphäre stattfand. Der Einladung waren Kolleg_innen aus sehr verschiedenen Bereichen gefolgt (Kita, Schule, Schulsozialarbeit, berufsbildende Schulen, Fortbildner_innen...).

In ihrem einleitenden Beitrag „Gelingensbedingungen für die Multiprofessionelle Zusammenarbeit“ hat Ursula Carle (Universität Bremen) einen Überblick über die professionelle Vielfalt an Schulen sowie über Bereiche und Qualitätsmerkmale guter Zusammenarbeit gegeben. Regina Remsperger-Kehm (FH Erfurt) und Sandra Tänzer (Uni Erfurt) haben in einem äußerst spannenden Vergleich das Professionsverständnis von Lehrkräften auf der einen und das von Pädagogischen Fachkräften auf der anderen Seite einander gegenüber gestellt und zugleich theoretische Modelle der Erfassung von Professionalität erörtert. Unter anderem wurde sehr deutlich wie stark tradiert die Berufsbilder sind, die Erzieher_innen und Lehrer_innen voneinander haben. Petra Linderoos (Finnland) präsentier-

te in einem weiteren Plenarvortrag, wie selbstverständlich, traditionsreich und verbindlich das Miteinander der Professionen an finnischen Schulen funktioniert.

In verschiedenen Workshops konnten die Probleme und Gelingensbedingungen guter Zusammenarbeit, die Frage der Haltungen und Werte von Pädagog_innen, die finnischen Besonderheiten oder auch Fragen der Pädagog_innenausbildung vertieft werden.

Im Abschlussplenum zeigte sich, dass die Teilnehmer_innen die multiprofessionelle Zusammenarbeit als Kern ihrer Arbeit begreifen (anstatt als zusätzliche Belastung), von der GEW jedoch freilich erwarten, dass sie sich für bessere Rahmenbedingungen für Teamarbeit einsetzt.

Mindestens ebenso deutlich wurde der Wunsch bzw. die Erwartung geäußert, dass die GEW derlei professionsübergreifende Angebote auch zukünftig als Aufgabe begreifen soll. Insbesondere vor dem Hintergrund des finnischen Beitrags wurde deutlich, dass es hierzulande noch zu wenig Austausch über Konzepte multiprofessioneller Kooperation, aber auch zu wenig Forschung gibt.

Schließlich ging von der Tagung auch ein deutliches Signal aus, dass der von der GEW

beschlossene Berufsethos der Bildungsinterationale ein brauchbarer „Kompass“ ist, um für das professionelle Selbstverständnis und das kollegiale Miteinander zu werben und dass die GEW Schritte/Konzepte entwickeln sollte, wie der Ethos in der Praxis der Kolleg_innen implementiert werden kann.

Die Vorstandsgebiete Schule und Jugendhilfe & Sozialarbeit haben die Tagung als Auftakt eines gemeinsamen OE-Projekts konzipiert und werden die Vernetzung und Weiterentwicklung der pädagogischen Professionen unter diesem Dach weiter verfolgen. ■

Ilka Hoffmann
GEW-Hauptvorstand, Organisationsbereich Schule

Korrektur:

In der Februarausgabe der EuWiS wurde im Artikel „Transformation, Energie, Chancen“ auf Seite 9 durch einen Bericht eines Teilnehmers am Bundeskongress Schulsozialarbeit in Dortmund der Eindruck erweckt, Prof. Dr. Franz Lehner hätte dort einen Vortrag gehalten. Dies ist nicht korrekt. Herr Prof. Dr. Lehner war auf der Tagung nicht anwesend. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

Die Redaktion

Internationaler Frauentag 2016 im „Luminanz“

Sprache und Schrift der Familiensprache stärken Identität und Akzeptanz



Ulla Blaß-Graf und Andrea Konter

Themenschwerpunkt der diesjährigen Feier der DGB Gewerkschaften zum Internationalen Frauentag war die besondere Situation der zugewanderten Frauen im Saarland, in unsere Schulen, in den Arbeitsmarkt und in unsere Gesellschaft. Das gemeinsame Frühstück im „Luminanz“ bot hierfür einen festlichen Rahmen.

Die Vertreterinnen zahlreicher Initiativen und Projekte erhielten mithilfe der informati-

ven Moderation von Bettina Altesleben und Gertud Schmidt (DGB und Arbeitskammer) eine ansprechende Gelegenheit, ihre Aktivitäten zu beschreiben, Sensibilisierung für ihre Anliegen zu schaffen und die Bedürfnisse der Frauen in den Mittelpunkt der Veranstaltung zu stellen. Wir GEW-Frauen, Ulla Blaß-Graf und Andrea Konter stellten Schülerinnenarbeiten einer Gemeinschaftsschule vor. Drei Schülerinnen, türkischer, kurdischer und syrischer Familien, hatten den Liedtext „Freiheit“



von Marius Müller-Westernhagen in die türkische, kurdische und arabische Sprache übersetzt und auf großen Plakaten verschriftet. Der spürbare Stolz der Schülerinnen beim Übersetzen und Anfertigen des Liedtextes verdeutlichen wie wichtig es ist, dass wir Lehrer_innen den Schüler_innen im schulischen Alltag Möglichkeiten geben, ihre Familiensprachen anzuwenden und zu würdigen.

Fachwörter in Deutsch, Mathematik in der Familiensprache zu kennen, erweitert zum einen den Wortschatz in dieser Sprache - das ist wichtig - gibt zusätzlich Rückhalt in der erworbenen Kultur und stärkt die Identität der Jugendlichen. Die Fremdheit der Sprache und der Schrift lassen uns deutsche Muttersprachlerinnen mit neuem Blick auf die Fähigkeiten und Lernvoraussetzungen unserer Schüler_innen schauen. Und - die Schülerinnen kennen von nun an den Internationalen Frauentag! Es wird eine Auflistung aller vorgestellten Projekte erstellt, die wir Interessierten in der Geschäftsstelle zur Verfügung stellen möchten. ■

Andrea Konter

Foto: Andrea Konter

ANZEIGE



World Vision
Zukunft für Kinder!

GEMEINSAM STARK FÜR KINDER.

Den Kleinsten **KRAFT** zum Leben schenken.

Mehr dazu:
worldvision.de/
starthelfer

Eigenproduktion des

theater
im Viertel

LAMPEDUSA

von Henning Mankell

Lesung für Lehrerinnen und Lehrer am
12. April 2016, 18.00 Uhr, Theater im Viertel

Die Lesung soll Lehrerinnen und Lehrern die Gelegenheit bieten, sich ein Bild vom diesem tagesaktuellen Stoff zu machen und Anstöße geben, im Herbst das Theaterstück mit Schülerinnen und Schülern zu besuchen.

Wir leben in einer Zeit, in der verstärkt wieder Vorurteile über Flüchtlinge, Migranten oder Homophobie auf unser gesellschaftliches Miteinander Einfluss nehmen. Theater muss seinerseits die Themen aufgreifen und die damit verbundenen Problematiken aufzeigen und sollte - im Rahmen seiner Möglichkeiten - dem etwas entgegensetzen.

Vorurteile sind dem Menschen etwas ureigenes, so dass er mitunter gegen die eigenen - wenn er sie als solche erkennt -, als auch gegen die seiner Mitmenschen ankämpfen muss. Das Vermitteln von Bildung und Wissen ist unabdingbar, um hier Abhilfe zu schaffen. In einer Demokratie sollte dies insbesondere auch durch die Medien geleistet werden.

In LAMPEDUSA behandelt Henning Mankell sowohl das Bestehen von Vorurteilen als auch ihre Verbreitung durch die Medien in anschaulicher Art und Weise, denn auch seine Helden sind nicht frei davon.

In dem Stück treffen in der Oberflächlichkeit der Medienwelt drei Personen aufeinander. Anna, eine junge Fernsehmoderatorin lädt die junge hochgebildete Muslimin, Tita-

nia, in ihre Talkshow ein und hofft, mit ihr und dem Thema über die Unterdrückung muslimischer Frauen ihre Zuschauerquote zu erhöhen. Sie erweist sich für Anna jedoch als schwierige Kandidatin. Annas Vorurteile gegenüber Titania sind nicht zu halten und das Bemühen um gegenseitige Anerkennung spitzt die Situation zu. Titania ihrerseits hat zudem einen persönlichen Beweggrund, warum sie der Einladung Folge leistete und den sie in der Sendung präsentieren will. Beide wollen jeweils ihr Gegenüber für die eigenen Ziele nutzen.

LAMPEDUSA ist ein Stück über Ursache und Wirkung von Vorurteilen und erzählt vom Kampf der Kulturen in der heutigen Zeit.

Henning Mankells Sprache und die Klarheit seiner Bilder spricht insbesondere nicht zuletzt auch Jugendliche an, die teilweise ebenfalls schon stark von Vorurteilen geprägt sind (Wer sich in teure Markenartikel kleidet ist der bessere Mensch!). LAMPEDUSA will aufzeigen, wie man Vorurteile durchschaut, ihnen begegnen und/oder was man ihnen entgegensetzen sollte und kann.

Die Konfrontation mit den eigenen Vorurteilen, die Erkenntnis, dass man selbst Vorurteile hat, ist ein schmerzhafter Prozess. Er kann aber auch befreiend sein.

Das Stück soll sensibilisieren, die eigene Einstellung zu hinterfragen und evtl. zu ändern. Und dass man in einer Demokratie immer die Wahl hat. Denn viele Vorurteile werden zu gesellschaftlicher Norm und können zu aufkeimendem Nationalismus führen, wie in Teilen des heutigen Europas. Indem Mankell seine Protagonisten an ihren eigenen Vorurteilen zerbrechen lässt und keine Lösung anbietet, ist das Stück ein wunderbarer Ausgangspunkt für Jugendliche. Hier lässt Henning Mankell sein Publikum mit dessen eigenen Gedanken allein, so dass das „Theater im Kopf“ weiter gehen kann und zur Auseinandersetzung und Diskussion über Vorurteile innerhalb von demokratischen Prozessen führt. LAMPEDUSA kann eine Entscheidungshilfe sein. ■

Dieter Desgranges

LAMPEDUSA

von Henning Mankell

Aufführungen:

17. - 24. September 2016

im Rahmen der Interkulturellen Woche in Saarbrücken

Es spielen: Verena Ayere, Eveline Sebaa, Bob Ziegenbalg | Regie: Dieter Desgranges

Faszination Gewalt: Was Kinder zu Schlägern macht



Gewalt beginnt im Kopf - so lautet die Hauptthese der beiden Autoren des vorliegenden Bandes. Volker Schmidt ist Leitender Arzt des Fachbereichs Forensik im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst in Solothurn und hat als medizinischer Gutachter und Therapeut täglichen Umgang mit jugendlichen Straftätern und deren Familien. Josef Sachs ist Chefarzt an der Klinik Königsfelden und Gründungspräsident der Schweizerischen Gesellschaft für Forensische Psychiatrie; als Gerichtspsychiater verfügt er über profunde Erfahrungen in der Beurteilung und Therapie von jugendlichen Gewalttätern.

Das Ziel und Anliegen ihrer Publikation formulieren die Autoren wie folgt: „Wir haben das vorliegende Buch aus wissenschaftlicher Perspektive, aber allgemein verständlich geschrieben. Es vermittelt einen Überblick über das aktuelle Wissen zum Phänomen der Jugendgewalt“ (S. 11). Das ist ihnen auch vorzuziehen, zumal sie auch versuchen, Jugendgewalt in ihrer Komplexität differenziert zu erfassen, auf holzschnittartige und kantige Vereinfachungen verzichten, ebenso auf allgemeingültige Rezepturen und Schuldzuweisungen.

Der Band ist nach dem Vorwort in drei Hauptkapitel gegliedert: Woher kommt die Gewaltbereitschaft - Früher war alles besser -

Ausdrucksformen der Gewalt - Was tun? Ein umfangreiches Literaturverzeichnis lädt ein zum vertiefenden Weiterlesen. Das Erbe-Umwelt- Problem der Ursachen für Gewalt beantworten die beiden Psychiater differenziert. Problematische Persönlichkeitsmerkmale für die Entstehung von Gewaltbereitschaft seien beispielsweise Impulsivität, intellektuelle Defizite, Kältherzigkeit und Verantwortunglosigkeit. Für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen sei die emotionale Bindung zwischen Eltern und ihnen ein entscheidender Faktor: Wird diese stabil und glaubwürdig gestaltet, sind die Kinder weniger feindselig und es treten weniger Störungen der Impulskontrolle auf. Gestörte Bindungen können dagegen Gewaltfantasien entstehen lassen und bei gewalttätigem Verhalten eine entscheidende Rolle spielen.

Es wird deutlich, wie menschliche Denk- und Interpretationsmuster untrennbar mit kindlichen Bindungserfahrungen verknüpft sind und dem dann entsprechende Verhaltensmuster folgen. Eine gestörte Eltern-Kind-Bindung behindert die Entwicklung prosozialer Fähigkeiten wie Moral, Empathie, Fürsorge, Verantwortungs- und Verpflichtungsgefühl. Auch die Sozialisation in der Peer-group könne sowohl sozial als auch dissozial verlaufen und bei einem problematischen Peer-Umfeld bei den Jugendlichen zu gewalttätigen Handlungen, Delinquenz, Drogenkonsum und Risikoverhalten führen.

Welchen Anteil haben die Medien beim Aufbau von Aggressionspotenzialen? Die Autoren kommen zu einem differenzierten Ergebnis, das auf den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Danach kann der Konsum gewalttätiger Medien aggressionsbezogene Gedanken und Gefühle sowie aggressives Verhalten fördern, insbesondere dann, wenn Gewalttäter als sympathische Identifikationsfiguren gezeigt und belohnt werden. Besonders gefährdet seien Kinder und Jugendliche, die bereits eine aggressive Veranlagung haben und verschiedene psychosoziale Risikofaktoren aufweisen z.B. ein schwieriges Umfeld, in dem Gewalt als Problemlöser alltäglich ist. TV-Gewalt und Ego-Shooter seien nicht die Hauptursache für Jugendgewalt, da sie andere wichtige Risikofaktoren außer Acht ließen, vor allem die Lebensumstände seien entscheidend.

Auch extreme Ursachen der Gewaltpathologien wie Schizophrenie und Psychopathie kommen zur Sprache. Die Autoren sind der Überzeugung, dass es nie eine vollkommen gewaltfreie Gesellschaft geben werde, genauso wenig wie eine suchtfreie oder angstfreie Gesellschaft; aber sie setzen auf wirksame Präventionsansätze zur Eindämmung der Gewalt und zur Verminderung ihrer Folgen. Pure Langeweile, soziale Ausgrenzung und Mangel an Geborgenheit und Gewalt als Problemlöser sind die drei Hauptarbeitsfelder, in denen nach Erfahrung der beiden Autoren konkrete und wirkmächtige Maßnahmen zur Gewaltprävention abgeleitet und entwickelt werden können; übergeordnet aber sei die Forderung nach einer effektiveren Integration verschiedener Gruppen in der Gesellschaft, da in der Fragmentierung der Gesellschaft ein großes Konfliktpotenzial schlummere.

Das Sachbuch ist allgemeinverständlich geschrieben und spannend zu lesen - trotz oder wegen der erschreckenden Thematik; es gibt einen Überblick über das aktuell notwendige Basiswissen über Jugendgewalt und ermöglicht tiefe Einblicke in den gewaltvollen Alltag in unserer Gesellschaft. Wir erfahren auch - illustriert mit vielen Beispielen aus der Praxis- aktuelle Trends der Gewalt wie beispielsweise im Internet, über Mobbing oder über Stalking und wie das Gewaltverhalten der Jugendlichen durch die neuen Möglichkeiten und Wege der Kommunikation nachhaltig beeinflusst wird. Es ist ein hervorragender, differenzierender, anregender und praxisorientierter Band und daher wichtig für alle im pädagogischen und psychologischen Umfeld Tätigen und Betroffenen, aber auch für die politisch und juristisch Verantwortlichen und auch für die Medienschaffenden, die oft genug spektakuläre Panikmeldungen über Gewalttaten verbreiten und zur Unlösbarkeit skandalisieren. ■

Klaus Ludwig Helf

Volker Schmidt, Josef Sachs:
Faszination Gewalt: Was Kinder zu Schlägern macht.
Orell Füssli Verlag Zürich 2014, 224 Seiten
ISBN: 978-3-280-05537-3
Preis: 22,95 Euro

Null Bock auf Job



Man freut sich immer, wenn man an dieser Stelle Publikationen saarländischer Autoren vorstellen und weiterempfehlen kann. Das ist auch dieses Mal der Fall. Erhard Schmied, Autor aus Saarbrücken, ist eine spannende und nah an den Schülerinnen und Schülern agierende Geschichte gelungen, die auch das Potenzial hat, Lernende zu fassen. Die Verknüpfung mit dem Thema Berufssuche und Suche nach sich selbst, empfiehlt ‚Null Bock auf Job!‘ für die Klassenstufen 8-10.

Im Mittelpunkt der Geschichte steht Lars, der einen Termin bei der Arbeitsagentur hat. Er soll sich endlich für einen Ausbildungsberuf entscheiden und eine Ausbildung beginnen.

Sein Zeugnis und sein Verhalten sprechen jedoch eine andere Sprache. Also wieder ein Jugendlicher ohne Chance!? Und doch findet die Geschichte eine spannende Wendung, die Hoffnung macht.

Gut und spannend erzählt, macht diese kurze Lektüre für den Deutsch- oder Berufskundeunterricht Lust auf mehr. ■

Matthias Römer

Erhard Schmied: Null Bock auf Job!
Bergedorfer Lesezeichen im Persen Verlag
110 Seiten, Taschenbuch
ISBN: 978-3-403-23400-5
Preis: 5,95 Euro

Herausforderungen für das Lehrerhandeln

Themenschwerpunkt in Heft 1/2016 der Zeitschrift „DDS - Die Deutsche Schule“ | Hrsg. von der GEW



Schulleitung, sondern sie sind oftmals auch organisatorisch bedingt. Schulintern sind etwa Probleme auf der Ebene der Unterrichts- und der Schulorganisation zu lösen, z.B. aufgrund von Lehrkräftemangel und Fachkräftemangel. Hinzu kommt die Herausforderung, immer wieder neue bildungspolitische Vorgaben umsetzen zu müssen, ohne dass sich die Ressourcen der Schulen verändern. Einige Facetten solcher zusätzlichen, organisatorisch bedingten Herausforderungen werden der neuen Ausgabe der Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“ exemplarisch beleuchtet.

Im kompetenzorientierten Modell von Lehrerprofessionalität, das derzeit am häufigsten zitiert wird, hat Fachlichkeit einen besonders hohen Stellenwert. Vor diesem Hintergrund befasst sich Raphaela Porsch (Univ. Münster) in ihrem Beitrag „Fachfremd unterrichten in Deutschland“ mit der brisanten Tatsache, dass Lehrkräfte sehr häufig vor die Herausforderung gestellt werden, Fächer zu lehren, für die sie nicht oder nur ungenügend ausgebildet sind. Sie legt Fakten zur Verbreitung dieses Phänomens vor und diskutiert mögliche Auswirkungen.

Eine weitere unterrichtsorganisatorische Herausforderung, die ebenfalls mit Fachlichkeit in Zusammenhang steht, ist die Durchführung von fächerübergreifendem

Unterricht. Angesichts von Studententafeln, die auf Fachunterricht ausgerichtet sind, ist dies nur mit erheblichem organisatorischen Aufwand zu leisten. Ute Bender, Stefan Keller und Cinzia Zeltner (Fachhochschule Nordwestschweiz, Basel) stellen anhand ihres Projekts LEENA (Lernen in Ernährungsbildung und Englisch durch neue Aufgabenkultur) die Möglichkeit des „fächervernetzenden“ Unterrichts vor. Diese Konzeption ermöglicht ein Lernen über Fächergrenzen hinweg, ohne den Stundenplan verändern zu müssen. Voraussetzung hierfür ist freilich eine enge Kooperation zwischen den Lehrkräften - und zunächst einmal überhaupt eine diesbezügliche Kooperationsbereitschaft.

Eine solche kann allerdings nicht bedingungslos vorausgesetzt werden. Zwar wird seit Jahren mehr Lehrkooperation gefordert und werden professionelle Kooperationsformen diskutiert. Diese (Heraus-)Forderung stößt allerdings im deutschen Schulsystem immer noch auf das Phänomen des Einzelkämpfertums, wenngleich sich - zumindest in der Programmatik - Veränderungen abzeichnen. Silke Trumpa, Eva-Kristina Franz (beide PH Heidelberg) und Silvia Greiten (Univ. Siegen) haben die „Forschungsbefunde zur Kooperation von Lehrkräften“ der letzten 15 Jahre kritisch gesichtet und stellen sie in ihrem Beitrag vor.

Zu den politischen Rahmenbedingungen, die Lehrkräfte schul- und unterrichtsorganisatorisch herausfordern, zählt die Einrichtung der sogenannten „Einführungsphase“, die den Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II erleichtern soll. In ihrem Beitrag „Brückenbauen auf dem Weg zum Abitur - Die Brückenfunktion der Einführungsphase in die gymnasiale Oberstufe aus der Sicht hessischer Lehrkräfte“ befassen sich Sabine Klomfaß, Melanie Fabel-Lamla (beide Univ. Hildesheim), Frauke Stübig (Marburg) und Dorit Bosse (Univ. Kassel) mit den spezifischen methodisch-didaktischen Ansprüchen und pädagogischen Zielsetzungen, die diese Phase charakterisieren (sollen), und mit Umset-

zungsproblemen, etwa durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre.

Zwei weitere Beiträge des Heftes befassen sich mit Aspekten der Lehrkräfteausbildung. Als größte bildungspolitische Zäsur der letzten Jahre kann in diesem Kontext wohl die Bologna-Reform angesehen werden, deren Auswirkungen auf Lehramtsstudierende Sandra Dietrich (Univ. Leipzig) thematisiert. Zwar scheinen leicht verbesserte Abschlussnoten auf einen positiven Effekt hinzudeuten, aber von besseren Noten lässt sich nicht umstandslos auf erhöhten Kompetenzerwerb schließen. Zudem geben die nahezu gleichbleibend hohen Abbruchquoten zu denken.

Rolf Puderbach (Univ. Dresden) befasst sich in seinem Beitrag „Wer studiert Sekundarstufe-I-Lehramt? Die Bedeutung von sozialer Herkunft und Bildungsbiografie für die Schulformwahl von Lehramtsstudierenden am Beispiel der sächsischen Mittelschule“ mit der Frage, aus welchen Gründen sich Studierende für ein spezifisches Lehramt entscheiden, weshalb relativ wenige die Sekundarstufe I wählen und wie diesem Mangel möglicherweise abgeholfen werden kann.

Sylvia Schütze

Die DDS kann online – auch einzelne Artikel – und gedruckt bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten unter: www.dds-home.de.

Ökonomi(sti)sche Bildung? Nein danke!

Seit einigen Jahren gibt es eine Kontroverse zwischen denen, die ein eigenes Fach Wirtschaft an den Schulen fordern und denen, die wirtschaftliche Themen sozioökonomisch und multidisziplinär behandelt wissen wollen. Ein neuer Sammelband liefert Argumente für die zweite Position.

Worum geht es?

Um „Sozio-ökonomische Bildung versus ökonomistische Bildung“ - wie Gerd-E. Famulla, Professor für die Didaktik der Wirtschaftswissenschaften, pointiert formuliert.

Was ist der Unterschied?

Rein ökonomische bzw. ökonomistische Bildung bedeutet eine „Verengung auf die Vermittlung wirtschaftswissenschaftlichen Wissens“, so der Bielefelder Didaktik-Professor Reinhold Hedtke in seinem zentralen Beitrag. Stattdessen sei sozioökonomische Bildung vor allem pluralistisch, sozialwissenschaftlich und problemorientiert. Ihr geht es um „reflektierende, kritisch hinterfragende ... Auseinandersetzung mit der Wirtschaftswelt.“ Sie versteht „wirtschaftliches Handeln als soziales Handeln“. Und: sie will sich „als auch politisches Projekt positionieren“, so Hedtke.

Schon seit einigen Jahren tobt der Streit über den curricularen Ort wirtschaftlicher Themen an Schulen. Die einen fordern ein eigenes Fach, die anderen sehen wirtschaftliche Themen nur in einem multidisziplinären Kontext sozioökonomischer Bildung richtig aufgehoben. In dem nun vorliegenden Sammelband legen letztere ihre Positionen erstmals breit dar.

Beeindruckend etwa der Aufsatz „Der kühle Gleichmut der Ökonomen“ der Philosophin und Ökonomin Silja Graupe. Sie demontiert überzeugend die scheinbar selbstverständliche Orientierung der Ökonomen an Methoden der Naturwissenschaften und der Mathematik. Deren lehrbuchmäßige Standardisierung führe zu einer Distanzierung von der realen Welt in Modellen, Formeln und Diagrammen - Instrumente, die in der Finanzkrise schließlich versagten.

Lesenswert auch der Beitrag der Erziehungswissenschaftlerinnen Christina Gericke und Andrea Liesner. Kritisch betrachten sie die Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft anhand von Schulfinanzierungen und „Expertenangeboten“. Das reicht etwa vom „Allianz“-Finanzberater im Klassenzimmer bis hin zur Bitte an die Eltern, für ihr Kind ein Konto bei der Bank einzurichten, mit deren Geldkarte auch in der Schulmensa bezahlt werden muss.

Gegen den Einwand, man wolle doch nur die Klassenzimmer für das reale Leben öffnen, führen Gericke/Liesner als gewichtige Gegenargumente an: zum Beispiel die Professionalität ausgebildeter Fachlehrerinnen und Fachlehrer oder auch der bewusste und historisch erkämpfte Schonraumcharakter von Schule. Die Autorinnen schließen mit einem klaren Statement: „Wenn Schulunterricht im Fach Sozioökonomie aber einen Bildungsanspruch verfolgt und auch künftig mehr sein will als kapitalistisch firmes Lebenstraining, muss er Raum geben für Skepsis und Kritik.“

Der Bonner Ökonomie-Professor Michael Piorkowsky fordert einen Paradigmenwechsel

in der ökonomischen Analyse und Bildung. Anhand von vier Konzepten stellt er schlüssig dar, wieso die Annahme der Wirtschaftswissenschaften, Unternehmen seien nur Produzenten, Haushalte bloße Konsumenten, nicht haltbar ist. Ein Grundmodell der Ökonomie, das so mancher Lehrer in der Vorstellung von Kreislaufmodellen reproduziert, wird so fraglich und als ökonomistisch verkürzt erkennbar.

Dietmar Kahnsitz, Frankfurter Didaktiker der Arbeitslehre, untersucht aus einer allgemeinen bildungstheoretischen Perspektive „ökonomische Bildung, maskiert als sozioökonomische Bildung“. Zu Recht - denn die Nachahmung sozioökonomischer Bildung, etwa unter Bezug auf Klafkis Forderung nach einer „Strukturlehre der politisch-gesellschaftlich-rechtlich-wirtschaftlichen Wirklichkeit“, ist nicht selten. Klafki meint damit jedoch keinesfalls die bloße Fokussierung wirtschaftlicher Sachverhalte unter Ausschluss von Gerechtigkeits- und Solidaritätsfragen.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem notwendigen Mündigkeits-Anspruch oder mit dem fachdidaktischen Profil einer sozioökonomischen Bildung. Wer in dem Bereich aktiv ist, sollte das Buch gelesen haben. ■

Thomas Beier

Andreas Fischer / Bettina Zurstrassen (Hrsg.), Sozioökonomische Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Schriftenreihe Band 1436, Bonn 2014, 413 Seiten, zu beziehen über die bpb für 4,50 € zzgl. Versandkosten

1. MAI 2016

VIEL ERREICHT UND
NOCH VIEL VOR!

DGB

ZEIT FÜR MEHR SOLIDARITÄT



PROTEST UND FEST

**11 UHR: DEMO VOM TBILISSER PLATZ
ZUM SAARBRÜCKER SCHLOSS**

KUNDGEBUNG

12 UHR: UTE KITTEL MITGLIED IM VER.DI BUNDESVORSTAND
EUGEN ROTH STELLVERTR. VORSITZENDER DGB RHEINLAND-PFALZ/SAARLAND
DGB-JUGEND

BUNTES PROGRAMM

**MUSIKPROJEKT: 2. CHANCE SAARLAND E. V.
HÜPFBURG UND KINDERSCHMINKEN
PUPPENTHEATER KUSSANI: KASPER & DER
ENERGIERÄUBER (13:30 & 15 UHR)**

